

CDU-Programm

Zurück in die agrarpolitische Steinzeit

Wie steht es um das agrarpolitische Profil der einstigen Bauernpartei CDU? Der folgende Artikel beschäftigt sich mit den agrarpolitischen Aussagen der CDU im Wahlkampf und den unterschiedlichen agrarpolitischen Leitbildern von Regierung und Opposition.

(AK Landwirtschaft) – Die Kritik der CDU an Rotgrün – »7 Jahre Rotgrün – 7 verlorene Jahre für Deutschland« – beginnt mit starken Worten: »Unter Rotgrün sterben Bauernhöfe. Besonders betroffen sind bäuerliche Familienbetriebe bis 50 Hektar«. Solche Sätze suggerieren, dass nur die CDU der Freund der kleinen bäuerlichen, von der Aufgabe bedrohten Familienbetriebe ist. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

Wichtige Ursache für das Höfesterben sind [a] die Altersstruktur in der Landwirtschaft, [b] der technische Fortschritt und [c] das Prinzip der »economies of scale« (je größer ein Betrieb, desto geringer die Kosten pro produzierter Einheit). Daneben werden als Gründe für einen verstärkten Strukturwandel häufig [d] die Reformen der EU-Agrarpolitik (MacSharry, Agenda 2000, Mid-Term-Review) genannt. An der technischen Entwicklung und den Agrarreformen der letzten Jahre war die deutsche Bundesregierung nur indirekt und zum Teil noch unter Helmut Kohl beteiligt. Selbst bei der Umsetzung der jüngsten EU-Agrarreform hatte die rotgrüne Bundesregierung aufgrund des CDU-dominierten Bundesrates nur eingeschränkten Spielraum. Es zeigt sich, dass die wichtigsten Ursachen für das Höfesterben kaum durch rotgrüne Politik beeinflusst sind. Insgesamt wird Agrarpolitik in Brüssel als Kompromiss der Fachminister und Regierungschefs gestaltet, und das weiß auch die CDU.

Renate Künast hat durch ihre Umwelt- und Verbraucherausrichtung kleinen Familienbetrieben Perspektiven abseits des großen Weltmarktes eröffnet, während die CDU auf Wettbewerbsfähigkeit setzt. Die blinde Ausrichtung auf den Weltmarkt ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft führt zum Höfesterben und orientiert sich nicht an Umwelt- und Verbraucherinteressen. Landwirte können nicht nur Getreide und Fleisch, sondern auch intakte Ökosysteme, regenerative Energie und Landschaft »produzieren«. Will die Gesellschaft diese Leistungen, muss der Staat jedoch diese Leistungen der Landwirtschaft angemessen entlohnen. Diesen Grundsatz hat Künast durch Regierungshandeln vorangetrieben. Insofern stellt sich etwas überzeichnet eher die Frage, wie vielen Betrieben Rotgrün beim Überleben eine Perspektive geboten hat.

CDU/CSU betonen in ihrem Wahlprogramm neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gerne den Bürokratieabbau. Es bleibt unklar, welche Bürokratie in der Landwirtschaft durch eine Bundes-

regierung abgebaut werden soll, denn der meiste bürokratische Aufwand entsteht durch EU-Recht bzw. durch Agrarumweltprogramme der Bundesländer. Nur bei der Genehmigung großer Stallanlagen (Baurecht) und bei der Umsetzung der EU-Tierhaltungsverordnungen wären bürokratische Erleichterungen denkbar. Dies bedeutet, dass die Genehmigungsverfahren für den Neubau von Ställen mit großen Tierzahlen und zum Teil fragwürdigen Haltungsbedingungen erleichtert werden: Bürokratieabbau für Großbetriebe zulasten der Umwelt, des Wohlergehens der Nutztiere und des Verbrauchers, der diese Haltungsformen überwiegend ablehnt.

Daneben fragen sich die WählerInnen, was Familienbetriebe davon haben, wenn für Großmäster Bürokratie abgebaut wird und internationale Konzerne so billiger als bäuerliche Betriebe Fleisch erzeugen können. Die CDU-Agrarpolitik will also gerade nicht den kleinen Familienbetrieb begünstigen, sondern die auf den Weltmarkt orientierten, intensiv wirtschaftenden Betriebe.

Ein weiteres Beispiel für aufwändige Bürokratie sind die Vorschriften der »Cross-Compliance«. Das EU-Recht sieht vor, dass Landwirte für den Empfang von EU-Prämien bestimmte Umweltstandards einhalten. Diese Standards sind nach nationalem Recht auszugestalten, und die CDU-Opposition hat dafür gesorgt, dass Landwirte nur die bisher gültigen, aus Umweltsicht fragwürdigen Standards der »guten fachlichen Praxis« dokumentieren müssen. Cross-Compliance bedeutet insofern zusätzlichen Dokumentationsaufwand für Landwirte, ohne dass damit für Verbraucher oder Umwelt irgendetwas gewonnen wäre. Insofern war die CDU erst 2004 an der Schaffung von unsinniger Bürokratie beteiligt.

Zum Leitbild der CDU passt auch, dass die höheren Transferzahlungen an Ökobetriebe kritisiert werden. So erhalten Ökolandwirte laut CDU um 13 500 Euro/Betrieb höhere Transferzahlungen als konventionelle Kollegen. Es bleibt unklar, auf welcher Basis diese Zahl berechnet wurde, die genaue Analyse der EU-Zahlungen aus Brüssel geben eine solche Summe auf jeden Fall nicht her.

Dabei wären höhere Prämien für den ökologischen Landbau durch höhere volkswirtschaftliche Leistung der Ökobetriebe auch ökonomisch ganz und gar gerechtfertigt. Die Tatsache, dass die CDU darüber kein Wort verliert, zeigt, dass die CDU weder Umweltschutz noch ökologischem Landbau angemessene Bedeutung zumisst. Hier helfen auch die Lippenbekenntnisse der zahlreichen »CDU-Agrarexperten« nicht viel. Die CDU-Aussagen zum Ökolandbau dürfen getrost in die Rubrik der agrarpolitischen Gebrauchsprosa eingeordnet werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die CDU das alte agrarpolitische Leitbild verfolgt, das intensive wettbewerbsfähige Betriebe sowie die Gentechnik begünstigt und umweltfreundliche und transparente Produktionsformen wie den Ökolandbau benachteiligt. Umweltschutz und Kulturlandschaft dürfen nichts kosten, der Agrardiesel schon. Aus Sicht des BUND, der für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Landwirtschaft kämpft, ist die CDU somit nicht wählbar.

MSc Sebastian Lakner, BUND-Arbeitskreis Landwirtschaft, Göttingen, slakner@macnews.de